

Kocka, Jürgen

Article — Digitized Version

Geisteswissenschaftliche Zentren: die umstrittene Innovation

Das Hochschulwesen: HSW. Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik

Provided in Cooperation with:

WZB Berlin Social Science Center

Suggested Citation: Kocka, Jürgen (1994) : Geisteswissenschaftliche Zentren: die umstrittene Innovation, Das Hochschulwesen: HSW. Forum für Hochschulforschung, -praxis und -politik, ISSN 0018-2974, Webler, Bielefeld, Vol. 42, Iss. 3, pp. 122-124

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/112477>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



WZB-Open Access Digitalisate

WZB-Open Access digital copies

Das nachfolgende Dokument wurde zum Zweck der kostenfreien Onlinebereitstellung digitalisiert am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH (WZB). Das WZB verfügt über die entsprechenden Nutzungsrechte. Sollten Sie sich durch die Onlineveröffentlichung des Dokuments wider Erwarten dennoch in Ihren Rechten verletzt sehen, kontaktieren Sie bitte das WZB postalisch oder per E-Mail:

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH
Bibliothek und wissenschaftliche Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
E-Mail: bibliothek@wzb.eu

The following document was digitized at the Berlin Social Science Center (WZB) in order to make it publicly available online.

The WZB has the corresponding rights of use. If, against all possibility, you consider your rights to be violated by the online publication of this document, please contact the WZB by sending a letter or an e-mail to:

Berlin Social Science Center (WZB)
Library and Scientific Information
Reichpietschufer 50
D-10785 Berlin
e-mail: bibliothek@wzb.eu

Digitalisierung und Bereitstellung dieser Publikation erfolgten im Rahmen des Retrodigitalisierungsprojektes **OA 1000+**. Weitere Informationen zum Projekt und eine Liste der ca. 1 500 digitalisierten Texte sind unter <http://www.wzb.eu/de/bibliothek/serviceangebote/open-access/oa-1000> verfügbar.

This text was digitizing and published online as part of the digitizing-project **OA 1000+**. More about the project as well as a list of all the digitized documents (ca. 1 500) can be found at <http://www.wzb.eu/en/library/services/open-access/oa-1000>.

Geisteswissenschaftliche Zentren: Die umstrittene Innovation

Jürgen Kocka

Als der Wissenschaftsrat 1991 die Auflösung außeruniversitärer Forschungsinstitute der DDR-Akademien empfahl, setzte er sich gleichzeitig dafür ein, daß ein erheblicher Teil – etwa die Hälfte – der in diesen Instituten arbeitenden Wissenschaftler die Möglichkeit haben müßte, in neuen, besseren Arbeitszusammenhängen wissenschaftlich weiterhin tätig zu sein. Es war von vornherein klar, daß nur wenige Akademie-Wissenschaftler in die ihrerseits zur Schrumpfung gezwungenen, von Problemen überladenen Hochschulen der östlichen Bundesländer integriert werden könnten. Vielmehr kam es darauf an, der Auflösung der alten Akademie-Institute die Neugründung einer ausreichenden Zahl von außeruniversitären Forschungsinstituten folgen zu lassen, die die positiv begutachteten Wissenschaftler aus dem Akademie-Bereich aufnehmen, in neuen Arbeitszusammenhängen einsetzen und in Zusammenarbeit mit Wissenschaftlern aus dem Westen bringen würden. Eben dies empfahl der Wissenschaftsrat.

Auflösung und Neugründung: Die Vorschläge des Wissenschaftsrats

Der Auflösung der 140–150 DDR-Akademie-Institute mit Ende 1991 noch etwa 26 000–27 000 Mitarbeitern folgte Anfang 1992 die Neugründung von rund 80 Forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern, die im Oktober 1992 etwa 10 000–11 000 Personen beschäftigten. Daneben befanden sich ca. 1 900 ehemalige Akademie-Wissenschaftler im Oktober 1992 im sogenannten Wissenschaftler-Integrations-Programm, das sie innerhalb einer Frist von mehreren Jahren in die Hochschulen hineinschleusen soll. 2 700 weitere Wissenschaftler befanden sich zu diesem Zeitpunkt auf zeitlich sehr eng befristeten, forschungsnahen ABM-Stellen.

In den außeruniversitären Forschungseinrichtungen der DDR waren die Geisteswissenschaften – als Teil der Gesellschaftswissenschaften – stark vertreten. Läßt man die Landwirtschafts-, die Pädagogische- und die Bau-Akademie beiseite und blickt man nur auf die Akademie der Wissenschaften der DDR, dann entfielen vor der Wende acht der rund 80 Institute und 10 % der Wissenschaftsstellen auf die Geisteswissenschaften: auf die verschiedenen Zweige der Geschichtswissenschaft, auf Archäologie, Sprachwissenschaft, Literaturgeschichte, Philosophie, Kunstwissenschaften und Sorbistik. Das größte geisteswissenschaftliche AdW-Institut, das für Sprachwissenschaften, beschäftigte 1990 220 Mitarbeiter, davon 175 Wissenschaftler, das Institut für deutsche Geschichte fast ebensoviel.

Auch die insgesamt mehr als 900 Wissenschaftler (1990) in den geisteswissenschaftlichen AdW-Instituten wurden mehrheitlich positiv »evaluiert« und vom Wissenschaftsrat zur einschlägigen Weiterarbeit empfohlen.

200 von ihnen wurden zur Eingliederung in die Hochschulen durch das Wissenschaftler-Integrations-Programm empfohlen, 140 zur Weiterarbeit an kleineren Akademie-Vorhaben (wie Grimm'sches Wörterbuch oder Leibniz-Ausgabe), die vor allem an die neuzugründende Akademie der Wissenschaften Berlin-Brandenburg angebunden werden sollen. 60–65 sollten in bereits bestehenden außeruniversitären Einrichtungen weiterarbeiten, etwa Sprachwissenschaftler im Institut für deutsche Sprache, Mannheim. Eines der Akademie-Institute sollte nach Neustrukturierung weiterbestehen, nämlich das Bautzener Institut für Sorbistik mit 20 Wissenschaftlerstellen. Und über 100 Akademie-Geisteswissenschaftler sollten in sieben geisteswissenschaftlichen Zentren Weiterbeschäftigung finden, die der Wissenschaftsrat zur Neugründung vorschlug und die im Endausbau über 175 Wissenschaftler-Stellen – pro Zentrum ca. 25 – verfügen sollten, wobei klar war, daß diese Stellen nicht zur Gänze durch ehemalige Mitglieder von Akademie-Instituten besetzt sein, sondern auch Wissenschaftler aus dem Westen aufnehmen würden, schon aus Gründen der »Durchmischung«.

Geisteswissenschaftliche Forschungseinrichtungen neuer Art: Struktur und Motive

Die geisteswissenschaftlichen Zentren wurden als Innovation vorgeschlagen, als Forschungseinrichtungen neuer Art. Sie sollen selbständige Einrichtungen mit Langzeitperspektive sein, jedoch miteinander organisatorisch verknüpft, mit den benachbarten Hochschulen verbun-

den und zu zwei Dritteln mit Zeitstellen ausgestattet sein. Sie sollen interdisziplinäre Forschung organisieren und Aufgaben wahrnehmen, die in den Hochschulen nicht oder nicht so gut wahrgenommen werden können. Sie sollen zur überregionalen und internationalen Vernetzung der jeweiligen Wissenschaftsgebiete beitragen und diese dadurch stärken.

Geisteswissenschaftliche Zentren wurden vorgeschlagen für Zeithistorische Studien (besonders Geschichte von SBZ und DDR); für Sprachwissenschaften; Literaturforschung; Moderne Orientwissenschaft; Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie; Aufklärungsforschung; sowie Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas. Die Zeitgeschichte sollte in Potsdam, die Aufklärungsforschung in Halle, die Ostmitteleuropaforschung in Leipzig und die übrigen Zentren in Berlin lokalisiert sein.

Hinter diesem Vorschlag standen zwei Motivationen. *Zum einen* sollte ein Weg gefunden werden, den positiv begutachteten Wissenschaftlern und Wissenschaftlergruppen aus den aufgelösten Akademie-Instituten die produktive Weiterarbeit auf ihren Gebieten zu ermöglichen. Es war klar, daß dies in den Hochschulen, den kleinen Akademie-Projekten und den wenigen schon bestehenden, einschlägig arbeitenden außeruniversitären Forschungsinstituten nicht hinreichend möglich sein würde. Andererseits herrschte die Überzeugung vor, daß die gängigen Typen außeruniversitärer Forschungseinrichtungen für die Geisteswissenschaften nur im Ausnahmefall in Frage kommen und gerade geisteswissenschaftliche Forschung gut daran tut, die enge Verbindung zur Lehre und damit zu den Hochschulen zu halten, zum Nutzen beider Seiten. *Zum andern* hatte man seit vielen Jahren in der alten Bundesrepublik über die Krise der Geisteswissenschaften und über die Notwendigkeit der Reform ihrer Infrastruktur diskutiert. Die vom Bundesministerium für Forschung und Technologie unterstützte, von W. Frühwald, H. R. Jauß, R. Koselleck, J. Mittelstraß und B. Steinwachs erarbeitete Denkschrift »Geisteswissenschaften heute« zog 1990 aus dieser Debatte eine wichtige Konsequenz und schlug die Errichtung von neuen Forschungskollegs vor. Der Vorschlag des Wissenschaftsrats, geisteswissenschaftliche Zentren einzurichten, sah sich in der Kontinuität dieser Debatte. Die Problematik, vor die uns die Vereinigung Deutschlands gestellt hatte, sollte jedenfalls an diesem Punkt produktiv gewendet und etwas Neues daraus entwickelt werden, das – auch unabhängig vom ursprünglichen Anlaß – zu einer langfristigen Leistungssteigerung der Geisteswissenschaften in Deutschland führen würde.

Die geisteswissenschaftlichen Zentren sollen dem Rechnung tragen. Sie werden keine klassischen außeruniversitären Forschungsinstitute sein, sondern Einrichtungen neuer Art und als solche besonders hochschulnah. Sie sollen als Stätten der Aufnahme qualifizierter Wissenschaftler und Wissenschaftlergruppen dienen, die kaum anders vor dem Ausscheiden bzw. vor dem Zerfall bewahrt werden können. Sie werden gleichzeitig die Infrastruktur geisteswissenschaftlicher Forschung in

Deutschland langfristig verbessern und ihr die notwendige Stetigkeit, Interdisziplinarität und Koordination geben – ein Beitrag zur Reform im Geiste Humboldts.

Bisherige Erfolge, offene Probleme

Die Einrichtung der rund 80 neuen Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern – Institute der Blauen Liste, der Fraunhofer-Gesellschaft und der Max-Planck-Gesellschaft, Bundes- und Landesinstitute, Großforschungseinrichtungen – ist seit Anfang 1992 energisch betrieben worden und insgesamt recht gut gelungen. Diese Forschungseinrichtungen bieten den Natur-, den Technik-, den Bio-, den Geo-, den Landwirtschafts- und den Bauwissenschaften, auch der Mathematik, der Informatik und der Ökonomie die gewünschte Basis im außeruniversitären Bereich. Damit wird der Zustand in den neuen Bundesländern kräftig an den in den alten Bundesländern herangeführt. *Die Geisteswissenschaften sind allerdings* – mit Ausnahme der Sorbistik in Bautzen – *nicht unter diesen Neugründungen vertreten.*

Fragt man, was aus den Wissenschaftsratsempfehlungen im Bezug auf die Geisteswissenschaften geworden ist, so ist zuerst zu sagen, daß der Transfer in schon bestehende außeruniversitäre Forschungseinrichtungen am reibungslosesten gelungen ist. Die Weiterbeschäftigung in kleinen Akademie-Unternehmen (z.B. Grimm'sches Wörterbuch) scheint zwar die ursprünglichen Personalstärken drastisch reduziert zu haben, aber im übrigen einigermaßen gelungen zu sein, wenn auch die endgültige Anbindung vieler dieser Projekte immer noch nicht geklärt und gesichert ist, weil die neue Akademie Berlin-Brandenburg ihre Arbeit noch nicht begonnen hat.

Das Wissenschaftler-Integrations-Programm will ein paar Hundert Geisteswissenschaftler in die Hochschulen der neuen Länder eingliedern. Es ist im Sommer 1992 erheblich nachgebessert und zeitlich auf mehrere Jahre verlängert worden. Aber es funktioniert nur zum Teil. Einige Hochschulen tun sich immer noch schwer, die ehemaligen Akademie-Wissenschaftler aufzunehmen und tatsächlich einzugliedern, obwohl diese ihr Geld gewissermaßen mitbringen, jedenfalls für einige Jahre. Die Integration steht oft nur auf dem Papier, in Wirklichkeit haben die betreffenden Gruppen und Individuen meist noch nicht die nötige Kooperation und Perspektive in den Hochschulen ihrer Wahl gefunden. Diese erscheinen überfordert. Doch variieren die Verhältnisse von Fach zu Fach und von Hochschule zu Hochschule. Man darf die Integration nicht den einzelnen Personen, Forschungsgruppen und Hochschulen überlassen. Man muß die Integration aktiv organisieren. KAI hat dazu bereits wichtige Schritte unternommen, aber das meiste bleibt noch zu tun.

Die sieben Geisteswissenschaftlichen Zentren sind unter der neutraleren Bezeichnung »Forschungsschwerpunkte« (FSP) gemäß dem Vorschlag des Wissenschaftsrats von der Max-Planck-Gesellschaft gegründet worden. Dazu hat diese eine Tochtergesellschaft eingerichtet, die »Förderungsgesellschaft wissenschaftliche Neuvorha-

ben m.b.H.«, die die sieben FSP von München aus sehr effektiv betreut. Etwa 15 Wissenschaftler sind zunächst pro FSP rekrutiert worden, und zwar durchweg solche, die früher in Akademie-Instituten tätig waren. Mittlerweile beschäftigt jeder FSP ca. 20 Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen, in ostdeutsch-westdeutscher »Durchmischung«, jeweils aus verschiedenen Disziplinen.

Intern entwickeln sich die FSP gut. Viel hängt von den örtlichen Verhältnissen, der personellen Zusammensetzung, der Leitung und dem Engagement der Sitzländer ab. Der FSP Zeithistorische Studien, der sich besonders mit der Geschichte von SBZ und DDR befaßt, floriert. Mittlerweile hat er ein neues Haus in Potsdam bezogen. Er betreibt koordinierte Grundlagenforschung und sieht seine Schwerpunkte auf dem Gebiet der politischen Sozialgeschichte, ergänzt durch Kultur- und Wirtschaftsgeschichte. Der Aufbau der Bibliothek macht Fortschritte. 1993 hat sich der FSP mit zwei Konferenzen der Öffentlichkeit vorgestellt. Erste Ergebnisse seiner wissenschaftlichen Arbeit liegen mittlerweile vor, unter dem Titel »Historische DDR-Forschung«, als erster Band der vom FSP herausgegebenen Reihe »Zeithistorische Studien«. Die Kontakte zu den benachbarten Hochschulen (besonders Potsdam) und sonstigen einschlägigen Forschungseinrichtungen, auch zu Instituten und Wissenschaftlern des Auslands, haben sich rasch entwickelt. Doch es gibt Probleme. Die FSP sind noch nicht endgültig institutionalisiert, zunächst reichte die Existenzgarantie nur bis Ende 1994, jetzt bis Ende 1995. Die FSP sind in einer Übergangssituation, die, wenn sie sehr lange dauert, ihre Substanz zu schädigen droht. Die Leitungen der FSP sind kommissarisch bestellt, sie werden als Nebenbeschäftigung wahrgenommen. Dies ist nicht genug. Der Aufbau und die Leitung solcher Einrichtungen erfordern die volle Zeit. Erst wenn die Langfristperspektive gesichert ist, kann der innere Kern der unbefristeten Stellen besetzt werden, und zwar mit Personen, die zum Teil Leitungsaufgaben wahrnehmen und ihr berufliches Schicksal auf längere Zeit mit dem des FSP verbinden. Der Zeitfaktor ist wichtig.

Die Entscheidung über die endgültige Verankerung und Form der Zentren bzw. FSP ist noch nicht gefallen. Eine Kommission der Max-Planck-Gesellschaft hat ihre Fortführung Mitte 1993 empfohlen und Vorschläge im einzelnen unterbreitet, die sowohl die institutionelle Selbständigkeit der Forschungsschwerpunkte wie auch die enge Kooperation mit den Hochschulen vorsehen. Derzeit beschäftigt sich erneut eine Arbeitsgruppe des Wissenschaftsrats mit der Problematik. Die endgültige Empfehlung des Wissenschaftsrats wird für den Sommer 1994 erwartet. Dann liegt die Entscheidung bei den Regierungen von Bund und Ländern.

Einwände werden im Einzelnen von Konkurrenten erhoben, die sich durch die Einrichtung neuer Forschungsinstitutionen in ihrer Vormachtstellung bedroht fühlen: konservativ-defensiv, wissenschaftlich schwer zu rechtfertigen. Grundsätzliche Einwände kommen vor allem

von der Hochschulrektorenkonferenz (HRK). Sie möchte, daß die Geisteswissenschaften zur Gänze in die Hochschulen zurückgeführt werden – im Interesse der Einheit von Forschung und Lehre. Die HRK übersieht, daß es hier nicht um die »Rückführung« von einst den Hochschulen entzogenen Forschungspotentialen geht, sondern um die Etablierung von Neuem, das auch den Hochschulen von Nutzen sein kann. Sie übersieht, daß die Hochschulen der neuen Länder weder in der Lage noch willens sind, sich die Zentren einzuverleiben und sie zu erhalten; eine volle Eingliederung der Zentren in die benachbarten Hochschulen wäre ihr Tod. Nur, wenn sie zwar hochschulnah, aber selbständig sind, können die Einrichtungen – heißen sie nun »geisteswissenschaftliche Zentren«, »Forschungsschwerpunkte« oder »Forschungskollegs« – die Aufgaben erfüllen, die ihnen zugedacht sind. Nur wenn sie nicht Teil der Hochschulen sind, werden sie auf eine Finanzierungsgrundlage gestellt werden können, die die Länder nicht überfordert, sondern den Bund einbezieht.

Fazit

Scheitern die Zentren, sind die Geisteswissenschaften die großen Verlierer des Einigungsprozesses. Denn dann sind die Ressourcen zu ihren Ungunsten umverteilt worden. Scheitern sie, dann wird der Rückstand der neuen Länder auf dem Gebiet der Wissenschaften weiter vertieft. Ohnehin bricht hier viel zu viel ab. Gerade in den neuen Ländern kann man nicht nur auf die Hochschulen setzen. Deren Erneuerung macht zwar Fortschritte, aber sie werden auf viele Jahre hin langfristig kumulierte Problemlasten abzutragen haben und jede Hilfe von außen gern in Empfang nehmen. Solche Hilfe können die Zentren den Hochschulen bieten, etwa mit großen gemeinsamen Forschungsprojekten, bei der gemeinsamen Einwerbung von Drittmitteln, aber auch in der Lehre.

Insgesamt ist die Vereinigung der beiden Wissenschaftssysteme aus West und Ost in Form der Übertragung des westlichen Modells auf den Osten vollzogen worden. Dies hat man oft kritisiert, denn das westdeutsche Wissenschaftssystem hat neben seinen Stärken auch viele Schwächen. Es braucht die Reform. Wenn es zu einer langfristigen und problemangemessenen Institutionalisierung der Zentren kommt – hochschulnah, flexibel, mit vielen Zeitstellen, aber selbständig in Organisation, Leitung und Finanzierung, zu langfristiger, koordinierter und interdisziplinärer Forschung fähig – dann hat die wissenschaftliche Vereinigung wenigstens an einem Punkt zu etwas Neuem geführt, das Defizite der Vergangenheit mildern und die Leistungskraft des Gesamtsystems langfristig stärken kann.

Prof. Dr. Jürgen Kocka
FB Geschichtswissenschaften, FU Berlin